

Entwurf für eine Resolution der Koalition für die Kreistagssitzung am 20.03.23 aus dem KOA AK Soziales

Öffentlicher Dienst ist bitter notwendig – für mehr gut qualifizierte Fachkräfte braucht es eine ordentliche Tarifierhöhung

Der Kreistag möge beschließen:

Die Kommunen übernehmen zunehmend mehr Aufgaben, um ein lebenswertes Gemeinwesen zu erhalten. Dafür ist auch mehr Personal erforderlich. Gerade in Krisenzeiten sind die Kommunen besonders gefordert dafür zu sorgen, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung, gerade derjenigen, die auf öffentliche Leistungen und Unterstützung angewiesen sind, nicht unter die Räder kommen. Aber in allen Bereichen der kommunalen Verwaltung wird Personal gesucht.

Das ist u.a. bei der KfZ-Zulassung wie dem Bauamt, der Naturschutzbehörde und der Lebensmittelüberwachung eine permanente Herausforderung genügend Personal für die wachsende Aufgabenvielfalt zu finden. Ganz besonders gilt dies für die Felder der sozialen und Bildungsarbeit. Kitas können nicht eröffnet werden, weil keine Erzieher*in da ist, im Jugendamt fehlen die sozialpädagogischen Fachkräfte, um die Familien in schwierigen Situationen zu unterstützen. Das Wohngeldamt ächzt unter der Menge der Neuansträge zum Wohngeld Plus. Das Jobcenter schreibt sich die Finger an Stellenausschreibungen wund trotz eigener Ausbildung. Das Recht auf Ganztagsarbeit wird nur zu realisieren sein, wenn es mehr Fachpersonal gibt.

Für ein gutes Miteinander, für eine soziale Gesellschaft, für Naturschutz und Sicherheit ist mehr Personal im Öffentlichen Dienst gerade in den Kommunen erforderlich. Stellen können nicht besetzt werden, weil nicht genügend Bewerbungen vorliegen. Ein gewichtiger Grund ist die Bezahlung. Beispielsweise gibt es kaum Ärzt*innen, die für ein wesentlich geringeres Gehalt im Gesundheitsamt arbeiten wollen statt im Krankenhaus.

In vielen privaten Unternehmen werden höhere Gehälter bezahlt, gibt es attraktiverer finanzielle Bedingungen. Die Inflationsrate hat ein Übriges getan, er hat vielen Beschäftigten im öffentlichen Dienst massive Einkommensbußen verschafft. Die Tarifforderung von ver.di in Höhe von 10,5 % ist keine utopische Forderung, sondern die Notwendigkeit für gut ausgebildetes und motiviertes Personal.

Für die kommunalen Haushalte ist gleichzeitig ein Abschluss von Tarifverhandlungen mit höherer Bezahlung problematisch für die Finanzierung der Haushalte. Deshalb ist die Forderung an Bund und Land zu richten, die Kommunen besser zu finanzieren. Ein wesentlich höherer Anteil am Steueraufkommen muss den Kommunen zu Gute kommen, schließlich führen sie die Gesetze von Bund und Land aus, schließlich sind sie diejenigen, die die Aufgaben zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger zu erledigen haben.

Deshalb: Mehr Geld für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Der Kreistag unterstützt die Tarifforderungen der Gewerkschaften (10,5 % Lohnerhöhung, mindestens 500 Euro mehr und 200 Euro für Azubis bei einer Laufzeit von einem Jahr) und ruft zur Beteiligung an deren Aktionen auf. Der Verband der kommunalen Arbeitgeber wird aufgefordert mit einem für die Beschäftigten guten Tarifabschluss für bessere Voraussetzungen zur Personalgewinnung bei den Kommunen zu sorgen.